



Projekt Nahtstelle Sekundarstufe I - Sekundarstufe II

**Bericht über die Nahtstellenkonferenz vom 7. April 2008**

## **Wo der Schuh drückt...**

**Bildung hat im Kanton Zug einen hohen Stellenwert, die Bildungsangebote sind breit und zum Teil pionierhaft. Der Kanton möchte jedoch noch beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Ausbildung optimieren: Schlecht koordinierte Schnupperlehren, unverständliche Zeugnisse, belastende Bewerbungsabläufe, unmotivierte Jugendliche und fehlende Dialoge zwischen Wirtschaft und Schule verursachen diverse Probleme. Die Konferenz «Nahtstelle» - von der Bildungsdirektion und der Volkswirtschaftsdirektion gemeinsam durchgeführt - nannte sie beim Namen und brachte Lösungsvorschläge auf den Tisch.**

Als «typisch zugerisch» werteten die beiden anwesenden Regierungsräte Patrick Cotti und Matthias Michel die Nahtstellenkonferenz, da es nur in einem kleinen Kanton wie Zug möglich sei, sämtliche Akteure am Übergang von der Volksschule in eine Ausbildung an einem Tisch beziehungsweise in einem Saal zu versammeln. Gut 100 Personen aus Verwaltung, Schule und Wirtschaft fanden sich am 7. April 2008 auf Einladung der beiden Direktionen im gewerblich-industriellen Bildungszentrum GIBZ an der Baarerstrasse ein und diskutierten engagiert über gegenwärtige Probleme. Man wolle herausfinden, so Werner Bachmann vom Amt für gemeindliche Schulen, wo der Schuh drückt.

### **Mehr Dialog zwischen Schule und Wirtschaft**

Sämtliche Interessengruppen formulierten die Notwendigkeit eines «institutionalisierten Dialogs» zwischen Schule und Wirtschaft. Auf diese Weise soll der Austausch intensiviert und die Zusammenarbeit verbessert werden. Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel versprach, dass die Volkswirtschaftsdirektion diese Anregung gerne aufnimmt und sich aktiv für die Realisierung dieses Dialogs einsetzen wird, zumal er in seinem Begrüssungsreferat betonte, dass Bildungspolitik immer auch Sozial- und Wirtschaftspolitik sei. Bernadette Boog, Leiterin des Amtes für Berufsberatung, forderte, dass die Rollen aller Involvierten verbindlich geklärt werden und dass die verschiedenen Systeme sich besser aufeinander ausrichten. Was die Funktion der Oberstufenlehrkräfte in der Berufswahlkunde betrifft, waren an der Konferenz laute Seufzer über die wachsenden und immer komplexer werdenden Berufsbilder zu hören. Es sei, sagte ein Sekundarlehrer, ein Ding der Unmöglichkeit, über sämtliche, mittlerweile 297 in der Schweiz existierenden Berufsbilder und deren Anforderungen Bescheid zu wissen. Um Schülerinnen und Schüler gezielt fördern und motivieren zu können, müsse dies jedoch klar sein.

### **Gezielter Einsatz von Schnupperlehren**

Handlungsbedarf besteht offensichtlich im Bereich Schnupperlehre. Die Klagen der Jugendlichen waren vielschichtig und zum Teil gut nachvollziehbar. So etwa, wenn ein junger Mann erzählte, dass er während der Schnupperlehre in einem Reisebüro nur Altpapier gebündelt habe. Kritisiert wurde auch, dass man sich schriftlich für eine Schnupperlehre bewerben müsse und dass gewisse Betriebe nur jenen Jugendlichen Schnupperlehren anbieten, die später auch für die Besetzung einer Lehrstelle in Frage kommen.

Lehrbetriebe wiederum haben grosse Mühe mit den klassenweise organisierten Schnupperlehren während der Schulzeit. Oft könnten sie zu den vorgegebenen Terminen nichts anbieten und sehr häufig meldeten sich schlecht vorbereitete, unmotivierte Jugendliche. Gewünscht wurde eine gute Vorbereitung auf Schnupperlehren durch Information und Besichtigungen sowie offene Türen für die Interessierten. Zur Unterstützung bei der Suche wurde die Auflistung der angebotenen Plätze auf der Website des Lehrstellennachweises [www.lenazug.ch](http://www.lenazug.ch) vorgeschlagen.

### **Berufswahlpass für alle**

Konkrete Massnahmen beschlossen wurden in Sache Berufswahlpass. Dieses Dokument, das die Berufswahlaktivitäten eines Jugendlichen ausweist, soll bereits im Sommer flächendeckend eingeführt werden. Der Pass gibt Aufschluss darüber, wie intensiv sich ein Schüler mit der Berufswahl auseinandersetzt. Dank diesem Pass können Lehrbetriebe schnell erkennen, ob Jugendliche, die sich für Schnupperlehren anmelden, auch entsprechend vorbereitet sind. Ebenso soll verhindert werden, dass sie sich für Lehrstellen bewerben, die nicht ihrem Leistungsausweis entsprechen. Die Berufsbildenden appellierten an die Lehrpersonen, ihre Schülerinnen und Schüler doch bitte von Bewerbungen auf Stellen abzuhalten, für die sie gar nicht qualifiziert seien. Dies, monierten die Oberstufenlehrpersonen, sei nicht immer ganz einfach, liege doch die «Berufswahlhoheit» letztlich bei den Jugendlichen und deren Eltern.

Von letzteren war an der Nahtstellenkonferenz auch öfter die Rede. Ihr Engagement in der Berufswahl der Kinder wird äusserst unterschiedlich wahrgenommen. Bezeichnend und in gewissem Masse typisch war die Aussage eines Sekundarlehrers: Bei engagierten Jugendlichen könne man auch auf die Unterstützung der Eltern zählen. Da hingegen, wo Hilfe Not tue, seien auch die Eltern desinteressiert oder überfordert. Vor allem Migrationsfamilien, so die Kritik, seien sich zu wenig ihrer Verantwortung in der Berufswahl ihrer Kinder bewusst, kennten das schweizerische Bildungssystem kaum und kümmerten sich zuwenig um die Lehrstellensuche.

### **Bewerbung und Selektion im richtigen Zeitpunkt**

Einige Betriebe, so die Kritik, besetzten ihre Lehrstellen schon im Sommer oder Frühherbst, was viel Unruhe stifte und Stress unter Schülerinnen und Schülern bewirke. Diese Hektik, so eine Oberstufenlehrerin, könne zu übereilten Vertragsabschlüssen führen und trage dazu bei, dass Jugendliche mit einer Lehrstellenzusage den Rest der Schulzeit nur noch absitzen würden. Den Vorwurf des vorzeitigen Vertragsabschlusses konterte ein Vertreter des Gewerbes mit der Rechtfertigung, dass ein Kleinbetrieb möglichst früh über die Besetzung seiner Lehrstelle Bescheid wissen wolle. Jugendliche und Schule beklagten sich andererseits darüber, dass viele Lehrbetriebe Bewerbungen sehr spät oder gar nicht beantworteten oder die Dossiers ohne Angabe von Gründen zurückschickten. Berufsberatung wie auch die Berufsbildung setzen sich für einen Berufswahlprozess ein, der den Jugendlichen genügend Zeit für eine wohlüberlegte Berufswahl lässt. Das heisst konkret, dass mit der Bewerbung frühestens nach den Sommerferien in der 9. Klasse begonnen werden sollte, besser noch im Herbst des 9. Schuljahres. Der Lehrvertragsabschluss geschieht dann etwa im November/Dezember.

### **Uninterpretierbare Zeugnisse**

Nachdenklich stimmten die verschiedenen Aussagen zu den gegenwärtigen Oberstufenzeugnissen: Die Adjektive reichten von «verbesserungswürdig» über «nicht aussagekräftig» bis hin

zu «schlicht nicht interpretierbar», was nicht weiter erstaunte, da die Aussagekraft und Verständlichkeit der Zeugnisse bereits in der vorgängig durchgeführten Umfrage von DBK und VD in hohem Masse kritisiert wurde. Ein Lehrmeister brachte in der Diskussionsrunde der Nahtstellenkonferenz seinen Unmut auf den Punkt: «Mit den heutigen Zeugnissen kann ich überhaupt nichts anfangen.» Angesprochen war das System der Kooperativen Oberstufe – genannt KORST – welches bei den Lehrmeistern punkto Noten mitunter Verwirrung stiftet, da diese in den Fächern Mathematik und Französisch in zwei verschiedenen starken Leistungsniveaus (A und B) vergeben werden. In den Zeugnissen, so der Wunsch beider Seiten, sollten künftig auch die so genannten «Soft Skills» (Sozialkompetenz, Lernverhalten) Erwähnung finden, da diese später in der Berufswelt von grosser Bedeutung seien. Diese Anregung werde bei der Ausgestaltung der neuen Zuger Zeugnissen (Inkrafttreten spätestens 2010/2011) geprüft, erklärte Werner Bachmann von der DBK. Im Zentrum der Bemühungen stehe die Frage, so Bachmann, was überhaupt die Aufgabe eines Zeugnisses sei, und er lässt durchblicken, dass insbesondere Verhaltens- und Disziplinarnoten heikel seien, zumal sie sich auf eine Lebensphase der Jugendlichen beziehen, die pubertätsbedingt nicht einfach sei. Klar erscheint der Wille von Schulleitungen und der DBK, die Kooperative Oberstufe neu zu gestalten und dem 9. Schuljahr ein anderes Gewicht zu geben; erste Arbeiten werden in diesem Frühjahr aufgenommen.

### **Stellwerk – ein Test für alle**

Der viel zitierte Standortbestimmungstest «Stellwerk», der in den angrenzenden Kantonen von Jugendlichen in der achten Klasse in den Fachbereichen Deutsch, Französisch, Englisch, Mathematik, Natur und Technik absolviert wird, gab viel zu reden. Der Tenor war klar. Stellwerk als Standortbestimmung wird von allen Seiten befürwortet, da der Test zeigt, wo die Schwächen und Stärken eines Jugendlichen liegen, und aufzeigt, wie die verbleibende Zeit in der Volksschule optimal genutzt werden kann, um das eigene Potenzial auszunutzen. In diesem Zusammenhang wurde dann auch nachdrücklich eine Neugestaltung des 9. Schuljahres gewünscht. Nicht akzeptabel sei die Verwendung des Tests zur Selektion bei der Lehrstellensuche. Dies betonte auch Bildungsdirektor Patrick Cotti: «Stellwerk-Resultate gehören nicht in die Bewerbungsmappe.» Die Berufsbildenden zeigten sich mehrheitlich interessiert an einer Einführung von Stellwerk und können sich vorstellen, den Einsatz von eigenen Selektionstests wie «Multicheck» und «basic-check» entsprechend anzupassen.

### **Unterstützung für Jugendliche mit Risikofaktoren**

Grundsätzlich positiv fielen die Voten betreffend «Case Management» aus. Hier geht es um ein auf eidgenössischer Ebene (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) initiiertes und finanziertes Projekt, das die umfassende Betreuung von Jugendlichen «mit Risikofaktoren» – seien sie schulischer, sozialer oder integrativer Natur – vorsieht, deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist. Im Kanton Zug sind gemäss Auskunft der Volkswirtschaftsdirektion schätzungsweise zwei bis drei Prozent der Jugendlichen betroffen. Case Management soll nach Auskunft von Beat Schuler, Leiter des Amtes für Berufsbildung, zuerst auf der Stufe Sek II, künftig aber bereits auf der Stufe Sek I (Oberstufe) eingeführt werden, um die Jugendlichen möglichst früh zu erfassen, was durchaus auch im Sinne des Bundes ist. Laut BBT-Konzept sollen die Risikojugendlichen in der obligatorischen Schule identifiziert, erfasst und dann laufend beobachtet und begleitet werden. An der Nahtstellenkonferenz herrschte Einigkeit darüber, für das Case Management keine neue Stelle zu schaffen, sondern dieses mit den be-

reits aktiven Partnern (Bildungsnetz Zug, Integrations-Brückenangebot, Berufsberatung) umzusetzen und auszubauen.

### **Wachsende Konkurrenz durch Mittelschulen**

Schenkt man den Stimmen der Zuger Nahtstellenkonferenz Glauben, dürfte die sinnbildliche Schere zwischen leistungsfähigen, motivierten und schwachen, unmotivierten Jugendlichen in Zukunft noch weiter auseinanderklaffen. Im Bereich der niederschweligen Lehren (Attestlehren im Detailhandel, in Hauswirtschaft und Handwerk) übertrifft die Nachfrage das Angebot, bei hochschweligen Berufen (Informatikerin, Elektroniker, Mediamatikerin ist es gerade umgekehrt. Gute Sekundarschüler, so war auf der Nahtstellenkonferenz immer wieder zu hören, sind auf dem Lehrstellenmarkt heiss begehrt, während die Möglichkeiten für schwache Real- und Werk-schüler sehr beschränkt seien. Diesbezüglich seien der Staat und die Wirtschaft gefordert, so Bildungsdirektor Cotti, die entsprechenden Stellen zu schaffen.

Zur Sprache kam auch die wachsende Konkurrenz der Gymnasien sowie der kantonalen Fach-beziehungsweise Wirtschaftsmittelschule, die den Lehrbetrieben die guten Schülerinnen und Schüler «wegnehmen». In erster Linie geht es jedoch darum, dass die Jugendlichen den Platz finden, für den sie am besten geeignet sind. Dieses gemeinsame Ziel soll Grundlage einer guten Koexistenz aller Abnehmer sein. Bei der Volkswirtschaftsdirektion, so Beat Schuler, wolle man in Zukunft den Stellenwert und das Image von Berufsabschlüssen generell durch eine Of-fensive in Berufsbildungsmarketing aufbessern. Auch der Zuger Gewerbeverband will mit sei-ner Veranstaltungsreihe Offene Berufswahl in den Gemeinden dieses Ziel erreichen. Die Be-rufslehre, betonte Bildungsdirektor Cotti, habe weiterhin eine gute Zukunft, nicht zuletzt, weil sie via Berufsmatura und Fachhochschule Jugendliche zu qualifizierten Berufsleuten ausbilde, die den Vergleich mit dem gymnasialen Weg nicht zu scheuen brauchten.

Am Rande zu reden gab auch die fehlende bzw. je nach Gemeinde sehr unterschiedliche Mög-lichkeit der Mittelschulvorbereitung. Das heutige System wurde von verschiedenen Seiten als unfair kritisiert. Einige Schüler können prüfungsfrei übertreten, andere - wegen minimal schlechterer Noten - nicht. Gefordert wurde eine flächendeckende Aufnahmeprüfung für alle übertrittswilligen Schülerinnen und Schüler. Damit verringere sich auch der Druck auf die Se-kundarlehrpersonen. Auch die Vertreter der Mittelschulen begrüßten eine Übertrittsprüfung für alle. Diese soll allerdings Ergebnisse in Richtung Potentialabklärung liefern.

### **Wie geht es weiter?**

Die Nahtstellenkonferenz ist nur ein Meilenstein, allerdings ein sehr gewichtiger, im Gesamt-projekt Nahtstelle Sekundarstufe I - Sekundarstufe II. Bis zu den Sommerferien wird nun die Steuergruppe mit dem Volkswirtschafts- und dem Bildungsdirektor die aufgeführten Ergebnisse genauer auswerten und mit Einbezug des Beirates die nächsten Schritte festlegen. Unterstützt werden sie von den Organisatoren und Moderatoren der Konferenz, Beate Kuhnt und Dani Rey.

Erste konkrete Massnahmen sind auf das Schuljahr 2008/09 zu erwarten. Im Spätherbst 2008 ist eine Ergebniskonferenz vorgesehen, wo in kleinerem Rahmen Rück- und Ausblick gehalten wird.

*Zusammenfassung: Sabine Windlin, Journalistin BR*

## **BETEILIGTE**

### **Auftrag:**

Matthias Michel, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion  
Patick Cotti, Regierungsrat, Direktion für Bildung und Kultur

### **Steuergruppe**

Werner Bachmann, Leiter Amt für gemeindliche Schulen  
Max Bauer, Leiter Amt für Mittelschulen  
Bernadette Boog, Leiterin Amt für Berufsberatung (Leitung Steuergruppe)  
Beat Schuler, Leiter Amt für Berufsbildung

### **Beirat**

Vertreter der Wirtschaft:

Markus Baur, Geschäftsinhaber Baur AG  
Matthias Brunner, Geschäftsleiter Raiffeisenbanken Zug  
Hans Marfurt, Geschäftsleiter Trumpf AG

Vertreter der abgebenden Schulen:

Urban Bossard, Rektor Schulen Baar  
Urs Odermatt, Reallehrer Steinhausen, Zuger Oberstufenkonferenz ZOK

Vertreter Berufsfachschulen:

Hansjürg Tuttmann, Rektor Kaufmännisches Bildungszentrum

### **Teilnehmergruppen an der Nahtstellenkonferenz:**

Lehrpersonen Oberstufe der gemeindlichen Schulen  
Rektoren und Schulleitende der gemeindlichen Schulen,  
Berufsbildung (Geschäftsleitende, Berufsbildende, Leitung/Lehrpersonen Berufsfachschulen)  
Schulleitung/ Lehrpersonen Brückenangebote  
Schulleitung / Lehrpersonen Mittelschulen  
Verwaltung Volkswirtschaft / Berufsbildung  
Verwaltung Bildung  
Schülerinnen / Schüler, Lernende